

## **Bundesregierung proklamiert Schule als Insel der Seligen.**

Utl.: LehrervertreterInnen quer durch Österreich bündeln die Sorgen ihrer KollegInnen und präsentieren ihre Forderungen. =

Wien (OTS) - „Nachdem der Generalsekretär des Bildungsministeriums im Radio erklärt hatte, Lehrpersonen würden die COVID-Gefahrenquelle der Schulen sein, und die Bundesregierung in ihrer gestrigen Pressekonferenz wieder einmal ihre dienstgeberische Obsorge gegenüber 120.000 Lehrkräften und ihren Familien nicht wahrgenommen hatte, ist die Verärgerung bei vielen besorgten LehrerInnen angestiegen“, hält Thomas Bulant, Bundesvorsitzender aller sozialdemokratischen Lehrervertretungen, fest. „Die gesamte Gesellschaft muss lernen mit diesem Virus zu leben. Dazu bedarf es aber vieler Schutzmaßnahmen - auch in der Schule. PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen aller Schularten haben sich dazu Gedanken gemacht, um eine hilflos agierende Regierung mit Vorschlägen im Sinne aller Schulpartner zu unterstützen.“

Schichtbetrieb, Verdünnung, kleinere Gruppen entsprechend den schulautonomen Voraussetzungen, Mund-Nasen-Schutz während des Unterrichts bei Ampelfarbe „Rot“ und Zustimmung des Schulkrisenteams, FFP2-Maskenangebot für alle und Plexiglas-Trennwände in den Direktionen fordert Christoph Windisch, Personalvertretungsvorsitzender der burgenländischen PflichtschullehrerInnen. „Koste es, was es wolle, hat der Bundeskanzler gesagt. Eines ist klar: Sind die LehrerInnen krank oder in Quarantäne, kommt es automatisch zu Schulschließungen oder Einschränkung der Unterrichtsqualität“, meint Windisch abschließend.

Vorarlbergs APS-Gewerkschaftsvorsitzende Alexandra Loser regt an, schwangeren KollegInnen bei weiter steigenden Infektionszahlen den Wechsel ins Home Office zu ermöglichen. Den Vorschlag von Thomas Bulant, Schulleitungen dadurch zu unterstützen, dass sie nach Meldung einer COVID-Problematik an der Schule automatisiert - also sofort - Entscheidungen der Gesundheitsbehörden erhalten, will sie eher heute als morgen umgesetzt wissen. „Die Rückmeldungen seitens der Gesundheitsbehörden beziehungsweise die Information über Testergebnisse erfolgen noch immer allzu oft zu spät oder gar nicht. Die Dienstpläne erfolgen somit mittels unsicherer Planungsgrundlagen. Der Minister ist gefordert, innerhalb der

Regierung für Abhilfe zu sorgen", sagt Loser.

Patricia Gsenger, FSG-Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft, schließt sich dem geforderten Maßnahmenpaket an. In einem offenen Brief an den Minister fordert sie: „Der bundesweite Einsatz von Antigen-Schnelltests und die Probenentnahme durch mobile Testteams müssen eine massive Erhöhung der Testkapazitäten erbringen. Wir fordern eine bundesweit einheitliche Hotline (anstatt 1450) nur für die Schulen und die Anpassung der Schul-Ampel an die Corona-Ampel auf Bezirksebene, denn Schulen mit ihren Menschen sind keine Inseln.“

Ähnliche Forderungen wie in der APS und AHS erhebt Monika Kubec, Personalvertretungsvorsitzende aller Wiener BerufsschullehrerInnen mit Blick auf die Spezifika der Berufsschulen: „SchülerInnen im Jahresunterricht besuchen ein bis zwei Tage pro Woche die Berufsschule und arbeiten drei bis vier Tage im Lehrbetrieb. Lehrkräfte, die im Jahresunterricht eingesetzt werden, sind daher einem enormen Infektionsrisiko ausgesetzt, da täglich andere Gruppen von SchülerInnen mit vielfältigen sozialen Kontakten an der Schule sind.“

Elisabeth Tuma, Sonderpädagogin und Personalvertretungsvorsitzende von Österreich größtem Schulbezirk, richtet den Blick auf eine weitere allzu oft unbeachtete Schulart: „Es muss angemerkt werden, dass viele unserer SchülerInnen keine Distanz- und Hygieneregeln einhalten können; unter diesem Gesichtspunkt waren und sind die PädagogInnen des sonderpädagogischen Bereiches besonders infektionsgefährdet, und dessen ungeachtet war ihr Engagement bisher für ihre SchülerInnen mehr als lobenswert. Daher empfinden sie die Vorgaben bei Ampelfarbe „Rot“, nur in sonderpädagogische Einrichtungen die Präsenzlehre aufrecht zu erhalten, als diskriminierend: Wir fordern Minister Faßmann zum wiederholten Male auf, seine diesbezüglichen Vorgaben zu überarbeiten.“

Über die bisherigen Forderungen hinaus sieht Pascal Peukert, FSG-Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft, zusätzliches Personal für alle Schularten als unabdingbar, um zusätzliche Aufsichtstätigkeiten in anzumietenden Räumlichkeiten, die Einhaltung der Hygienestandards und den administrativen Mehraufwand leisten zu können. Dem Ministerium rät er zu übersichtlichen und eindeutigen Richtlinien, denn derzeit würden die Vielzahl an oft widersprüchlichen oder kurzfristig abgeänderten Informationen für Unübersichtlichkeit und Verwirrung an den Schulen sorgen.

Stefan Sandrieser, Kärntens GÖD-Vorsitzender, drängt ebenso auf mehr Personal. Es sei seiner Ansicht nach für Klassenteilungen und die Vertretungsleistungen infolge von coronabedingten Abwesenheiten von LehrerInnen ein Muss für die Aufrechterhaltung der Schulqualität. „Die Umsetzung aller Vorschläge ist umso wichtiger, um angesichts der steigenden Infektionszahlen das Vertrauen der Eltern in den Schulbesuch ihrer Kinder aufrecht zu erhalten und auch die PädagogInnen zu schützen“, sagt Sandrieser. „Alle weiteren Schritte sind mit der Gewerkschaft transparent abzustimmen, um die praxisfernen Entscheidungen der Vergangenheit zu vermeiden und praktikable Lösungen für die Schulen zu gewährleisten.“ Bulant abschließend: „Die Zeit für die Hinterzimmerkommunikation und Alleinentscheidungen von Kurz und Faßmann ist abgelaufen.“

~

Rückfragehinweis:

MMag. Dr. Thomas Bulant  
Bundesvorsitzender des SLÖ  
thomas.bulant@apsfsg.at  
+4369919413999

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/2108/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0022 2020-11-01/10:59

011059 Nov 20

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20201101\\_OTS0022](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201101_OTS0022)